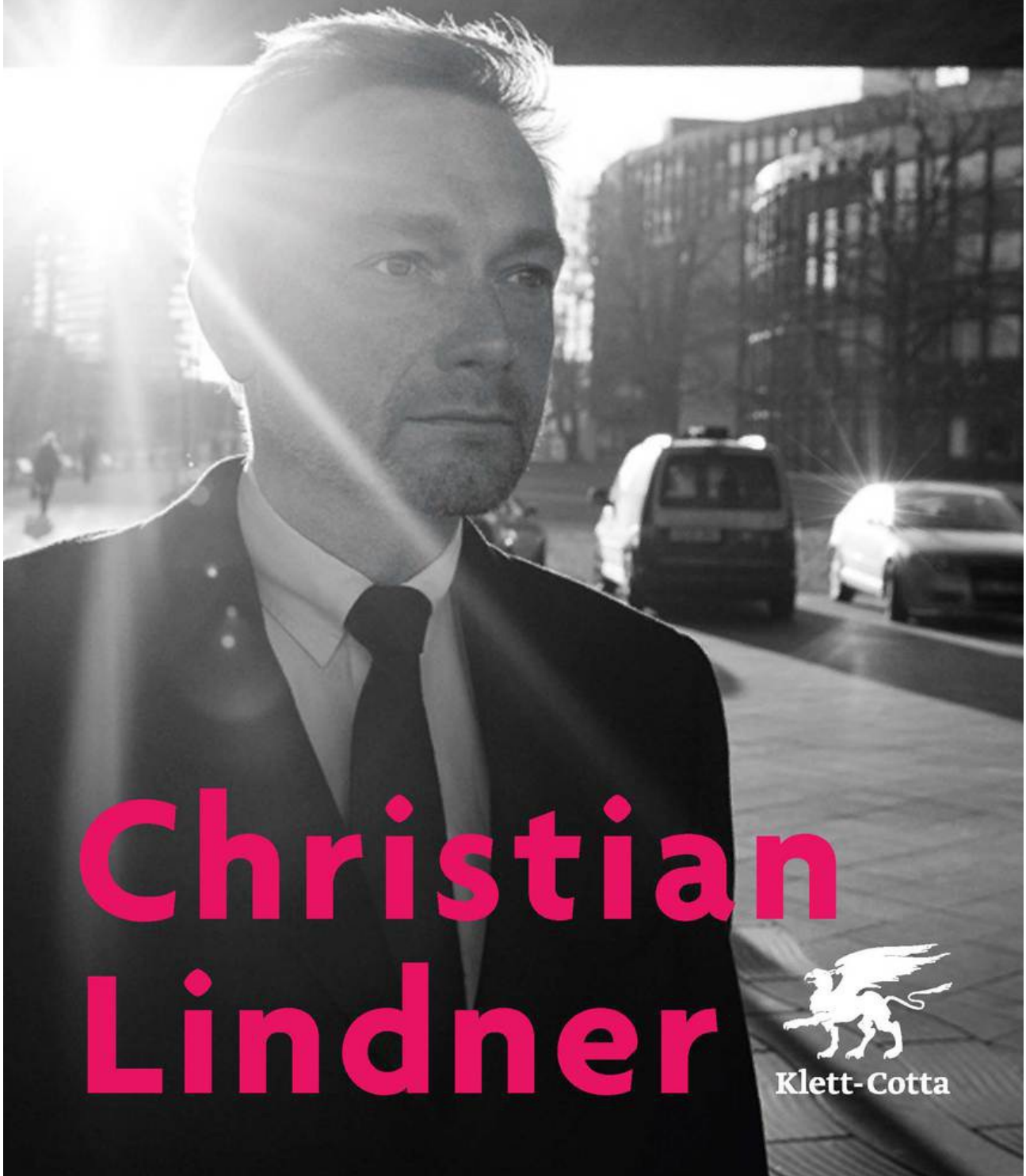


Schattenjahre

Die Rückkehr
des politischen
Liberalismus



Christian Lindner



Klett-Cotta

verfolgten, gingen erst einmal auf Tauchstation und verzichteten auf öffentliche Kritik, weil man der neuen Führung eine Chance geben müsse. Das würde aber nicht bedeuten, dass man mit allem einverstanden sei. Im Gegenteil, so Gerüchte, von denen ich hörte, beobachte man, wie die Lindner-Truppe die Partei ruiniere, um dann noch einmal ganz neu anfangen zu können.

Meine größte Sorge war damals dennoch nicht, dass es eine innerparteiliche Opposition geben könnte, sondern dass wir in der Öffentlichkeit einfach »verdunsten« würden, als irrelevant erschienen. Gewählt waren wir als neue Führung ja bis Frühjahr 2015. Bis dahin musste es eine Stabilisierung geben. Die wichtigen Wahlen in Hamburg und Bremen lagen davor, wären also ein Gradmesser für den Erfolg unserer Arbeit. Länger würde sich für die Öffentlichkeit auch kein Spannungsbogen aufbauen lassen.

Ich hatte kein fertiges Programm oder einen Masterplan in der Tasche. Mit dem Ausscheiden der FDP hatte ich nicht gerechnet und nicht rechnen wollen. Klar war für mich nur, dass die FDP ihren Kurs nicht ändern durfte in Richtung der Untiefen einer populistischen Protestpartei, dass sie – statt orthodox zu sein – konstruktiver und lösungsorientierter werden musste, dass sie in der Fahrrinne des aufgeklärten, weltoffenen und progressiven Liberalismus vorwärtskommen müsse. In Hintergrundgesprächen mit Journalisten sagte ich mehr als einmal, die FDP werde entweder erneuert ins Parlament zurückkehren oder sich in die Geschichtsbücher verabschieden. Im zweiten Fall wäre sie zu einer neuen Zentrums Partei geworden, die in der Weimarer Republik eine staatstragende Rolle spielte, heute aber nur noch in einer Nische als Splitterpartei existiert. Bloß: Wenn es so kommen sollte, dann wenigstens mit Würde und ohne dass die Partei ihre Seele verlöre. Das war eine gedankliche Grenzlinie für schwierige Zeiten, in denen die Verzweiflung den schlechten Rat geben könnte, politischen Versuchungen nachzugeben.

Viele in der Partei empfanden den Absturz und das Urteil der Wähler als ungerecht. Tatsächlich hatten Millionen Menschen ja von unserer Regierungspolitik zusammen mit der Union profitiert: zum Beispiel Familien, die ein höheres Kindergeld bekommen hatten, Menschen, die einen Arbeitsplatz finden konnten, und junge Männer, die nicht mehr zum Wehrdienst eingezogen wurden. Doch zur Ehrlichkeit gehörte

auch: Niemand hatte die FDP mehr besiegt als sie sich selbst. Gerade weil wir uns als Partei der Eigenverantwortung begriffen, war es für mich eine Frage der Selbstachtung, dass wir uns schonungslos der Verantwortung für die Niederlage stellten. Ich wollte kein Mitleid, sondern Respekt, erarbeitet durch einen grundlegenden Neubeginn.

Unsere Grundwerte wie Freiheit, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Chancengerechtigkeit erschienen mir unverändert attraktiv, aber sie waren unter enttäuschten Erwartungen und Vorwürfen der Klientelpolitik verschüttet worden. Schon lange vor dem Ausscheiden aus dem Bundestag hatte ich eine Zögerlichkeit in der Partei beobachtet, bestimmte Überzeugungen öffentlich zu vertreten: weil sie Vorurteile gegen die FDP hätten bedienen können; oder weil irgendeine vermeintlich FDP-nahe Wählergruppe sich vernachlässigt fühlen könnte; oder weil es eine Debatte innerhalb der FDP geben könnte. Die unaufgearbeitete Vergangenheit und die Furcht vor dem Urteil anderer nahmen uns die Unabhängigkeit im Urteil.

Wer Menschen für Freiheit begeistern will, der muss zunächst sich selbst befreien. Die Wähler hatten uns einen kompletten Erneuerungsprozess verordnet. Das Gute daran war: Wir mussten uns nicht mehr fragen, was bei der Kanzlerin, bei führenden Kommentatoren oder bei bestimmten Interessenvertretern ankam. Wir sollten nur noch etwas vertreten, wenn wir auch mit Überzeugung und gegen allen Widerspruch dahinterstehen könnten. Das war eine Selbstbefreiung.

In den ersten Tagen nach der Niederlage wurde mir oft empfohlen, die FDP müsse auf irgendeine Art gefühlvoller werden. Genauso hätte man aber auch sagen können: Wir müssen witziger werden. Unser neues Ziel konnte doch nicht heißen, gemocht zu werden. Wer sich an einer solchen Maßgabe orientiert, wird beliebig, erscheint als skurril und hastet Moden nach.

Die FDP war nicht abgewählt worden, weil sie zu liberal gewesen wäre. Im Gegenteil: Sie war zum Teil zu wenig konsequent liberal aufgetreten. Wenn Banken vom Steuerzahler aufgefangen werden, dann entspricht das nicht den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn bestimmte Branchen vor Disruption geschützt werden sollen, dann hat das wenig mit Ludwig Erhard zu tun. Einem richtig verstandenen Liberalismus muss es um fairen Wettbewerb, um

Arbeitsplätze und bessere Aufstiegschancen gehen, nicht um die Absicherung von Privilegien weniger. Einen starken Eindruck auf mich hatte deshalb ein Nachruf eines amerikanischen Kommentators gemacht, der die FDP als einzige deutsche »pro-business-party« aus dem Parlament verabschiedete. Das war durchaus als Anerkennung gemeint. Allerdings sollte eine liberale Partei kein Dienstleister für Geschäftsleute sein, sondern Anwalt der Marktwirtschaft im Interesse aller. Wir sollten also eine »pro-market-party« sein.

Wir durften den Ruf nach einer verwaschenen, konturlosen Programmatik daher ebenso wenig nachgeben wie der Versuchung erliegen, unseriös, marktschreierisch und schrill zu agieren. In der Allensbach-Nachwahlumfrage hatten 19 Prozent der Befragten gesagt, sie sähen für die FDP eine Existenzberechtigung. Aber signifikant mehr, 27 Prozent, sahen die Notwendigkeit für das Überleben einer liberalen Partei generell. Von den 1,4 Millionen Wählern, die wir verloren hatten, waren allein 800 000 in das Lager der Nichtwähler gewechselt. Das Paradoxe also war: Diese Wähler vermissten offensichtlich nicht die alte FDP, sie vermissten aber eine liberale Partei.

Berücksichtigt man dies, frage ich mich rückblickend, ob wir nicht allzu oft mit unseren fertigen Antworten beschäftigt waren und zu selten auf die konkreten Fragen hörten, die die Menschen stellten. Häufig taten wir so, als wüssten wir alles. So erscheint man schnell als realitätsfremd. Vielleicht ist man es dann manchmal auch.

In den Wochen nach der Niederlage sagte Philipp Rösler bei einer Parteitagung in Niedersachsen, es sei von Vorteil, dass die FDP nicht mehr im Bundestag vertreten sei, denn ohne einen tiefen Schnitt sei eine grundlegende Erneuerung nicht möglich. Ich empfand keine Untergangslust und habe dieses Urteil damals als hart empfunden. Er sprach schließlich auch über sich selbst. Aus heutiger Sicht steckt aber viel Kluges darin. Der grundlegende Wandlungsprozess, der folgte, wäre nicht möglich gewesen, wenn die FDP weiter im Bundestag vertreten gewesen wäre. Gewünscht hatte ich mir den Abstieg trotzdem nie. Ich fühlte Solidarität und dachte an die menschlichen Schicksale, die das Ausscheiden aus dem Parlament mit sich brachte. Berufliche Laufbahnen wurden gebrochen, ganze Familien waren zur Neuorientierung gezwungen, es fehlte im Bundestag eine Stimme der

Marktwirtschaft, des wehrhaften Rechtsstaats und der weltoffenen Gesellschaft. Was mich persönlich betrifft, so ist es auch keinesfalls eine erfüllende Erfahrung, Kapitän auf einem havarierten Schiff zu werden.

Auf der anderen Seite sah ich die Chancen, die sich nun boten. Die Aussicht, die FDP so prägen zu können, wie ich mir es stets vorgestellt hatte, lockte mich. Ich wollte die Partei zurück, die mich einst begeistert hatte: modern im Denken, verlässlich im Handeln, differenziert im Urteil, unbequem, aber respektiert. Mir schwebte ein Update der klassischen FDP vor, die früher das Spektrum von Otto Graf Lambsdorff über Hans-Dietrich Genscher bis hin zu Gerhart Baum abgedeckt hatte. Zudem sollte sich die FDP, so meine Vorstellung, mit neuen, grundsätzlicheren Themen beschäftigen. Wieder Avantgarde in programmatischer Hinsicht sein – das war ein Ziel. Das sollte unser Angebot sein, und ein solches Angebot würde sich seine Nachfrage schon schaffen, davon war ich überzeugt. Ein Unternehmer wie Steve Jobs zum Beispiel hatte bei der Entstehung des iPhones auch nicht nach Marktforschung gefragt, sondern danach, welches Telefon er persönlich gerne hätte. Gerade weil er selbst mit seinem Lebensgefühl für seine Entwicklung stand, konnte er später auch andere dafür begeistern.

Der Liberalismus war nicht erledigt

Fortschritt schafft Gewinner, Fortschritt produziert Verlierer. Unternehmen kommen und gehen, Branchen steigen auf und andere ab. »Schöpferische Zerstörung« nannte Joseph A. Schumpeter diesen Prozess in der Marktwirtschaft. Zu ihm gibt es eine Analogie in der Demokratie: Die Stabilität der Parteienlandschaft in Deutschland war zwar lange im europäischen Vergleich eine Besonderheit. Aber auch Gesellschaften entwickeln sich. Wertewandel und Konfliktlinien formatieren das politische System. Newcomer treten hinzu, etablieren sich oder verschwinden wieder. Mit der FDP schied erstmals eine Traditionspartei aus dem Bundestag aus. Hatte sich unsere historische Mission erfüllt?

In den Wochen nach der Bundestagswahl 2013 beschäftigten sich viele damit, wie die Freien Demokraten den Wiedereinzug in das

Parlament erreichen könnten. Wie dies über die Ansprache von Zielgruppen und für diese attraktive Einzelforderungen gelingen würde. Wie wir uns taktisch in Relation zu den Wettbewerbern zu positionieren hätten. Wie wir am klügsten die Kommunikation in der außerparlamentarischen Phase anlegen sollten. Diese Fragen stellten wir uns selbst auch. Aber die Frage nach dem »Wie« lenkt die Aufmerksamkeit auf methodische und technische Aspekte. Letztlich also auf Oberflächliches. Vielleicht kann man damit erfolgreich sein. Eine Organisation, ein Unternehmen und letztlich jeder Mensch muss sich eine andere Frage vorlegen, wenn es um einen grundlegenden Neuanfang oder ein ambitioniertes Ziel geht: warum? Dies betraf umso mehr die FDP, die gerade erfahren hatte, dass ihre parlamentarische Existenz kein Selbstzweck ist. Warum also gibt es die FDP? Warum will sie auf die politische Bühne zurückkehren? Warum sind wir selbst einmal Freie Demokraten geworden – und nicht etwa Christ- oder Sozialdemokraten? Wenn es auf die Fragen nach dem »Warum« keine überzeugenden Antworten gibt, erübrigt sich die Beschäftigung mit dem »Wie«. Es musste gute Gründe geben, wollte der Liberalismus in Deutschland in seiner parteipolitisch organisierten Form überleben. Damit wir diese Gründe selbst wieder scharf sahen, mussten wir zunächst zu den Quellen unserer Überzeugung zurückkehren.

Ich erinnerte mich, warum ich einst Mitglied der FDP geworden war. In meinem Fall war es ein Lebensgefühl, durch das ich mich als junger Mensch für die liberale Idee begeisterte. Das Gefühl der Unabhängigkeit; das Gefühl, frei über sein Leben entscheiden zu dürfen; das Gefühl, Verantwortung für sich zu übernehmen und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln; das Gefühl, das erste eigene Geld zu verdienen und selbst darüber verfügen zu können. Vorfreude auf das, was jetzt noch alles kommen mag. Die Neugier auf andere Menschen, die ihr Leben anders anlegten als ich meines. Diese Haltung, die Lust auf Freiheit, ist nicht an Beruf, Einkommen, Alter oder Geschlecht gekoppelt. Ich war mir sicher, dass sehr viele Menschen diese Lebenseinstellung teilten, die ich damals nur bei den Freien Demokraten repräsentiert sah.

In das Zentrum meiner programmatischen Grundsatzrede als Parteivorsitzender am Tag nach meiner Wahl im Dezember 2013 hatte ich dieses Verständnis eines liberalen Individualismus gestellt. Aus ihm